

Qualitatives Wachstum, Vollbeschäftigung und Kernenergie

Eugen Loderer, geb. 1920 in Heidenheim/Brenz, ist seit 1947 hauptamtlicher Funktionär der IG Metall. Er war einige Jahre Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg. 1968 wurde er zum 2. Vorsitzenden der IG Metall gewählt; er ist seit 1972 1. Vorsitzender dieser Gewerkschaft.

In nahezu allen Bereichen der Metallindustrie hat in den vergangenen Jahren die Produktivität schneller zugenommen als die Produktion gesteigert werden konnte. Die wesentliche Ausnahme bildet hier der Straßenfahrzeugbau. Insgesamt ist jedoch

für die Metallindustrie der Tatbestand erfüllt, der auch für die Volkswirtschaft generell gilt, nämlich daß das vorhandene Produktionswachstum nicht ausreicht, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern im Gegenteil die zumindest gleichbleibenden, in vielen Fällen steigenden Produktivitätsfortschritte zur Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze führen.

In diesem Zusammenhang sind Strategien einer kontrollierten Produktivitätsentwicklung dann sinnvoll, wenn sie zur Beseitigung inhumaner und unzumutbarer Arbeitsbedingungen dienen. Sie finden jedoch vielfach dort ihre Grenzen, wo sie die Produktion bestimmter Güter oder Leistungen in der Bundesrepublik gänzlich unmöglich machen würden. Strategien der Arbeitszeitverkürzung spielen gerade aus der Sicht der Gewerkschaften eine ganz entscheidende Rolle. Jedoch darf auch ihre Bedeutung zumindest kurz- und mittelfristig unter dem Aspekt der Sicherung des materiellen Lebensniveaus und der internationalen Konkurrenzfähigkeit nicht überschätzt werden. Damit behält auch in der gegenwärtigen Situation die Strategie der positiven Beeinflussung eines konsequent qualitativ ausgerichteten Wachstums entscheidende Bedeutung. Neben der beschäftigungspolitischen Begründung wird diese Zielsetzung auch durch den großen Nachholbedarf der privaten Haushalte, insbesondere im mittleren/unteren Einkommensbereich, die durch die ungerechte Einkommensverteilung zunehmend benachteiligt werden, gerechtfertigt. Schließlich gibt es große Bedarfslfelder im gesellschaftlichen Bereich, z. B. beim Schutz und der Erhaltung der Umwelt, aber auch bei der sozialen Infrastruktur, deren Abdeckung in der Zukunft erhebliche Anstrengungen erfordern wird.

Geht man von der Notwendigkeit einer solchen positiven qualitativ orientierten Wachstumsbeeinflussung aus, dann kommt man an der Erkenntnis nicht vorbei, daß hierfür auch zusätzliche Energie, speziell elektrische Energie, zur Verfügung gestellt werden muß. Zahlreiche Branchen der Metallindustrie gehören - gemessen am Stromverbrauch je geleistete Beschäftigtenstunde — zu den Spitzenverbrauchern an elektrischer Energie in der Gesamtwirtschaft. Da gerade der elektrische Strom gegenwärtig noch in weitaus überwiegendem Maße aus nichtreproduzierbaren Rohstoffen gewonnen wird, ist es ein selbstverständliches und hochrangiges Ziel, diese Energie so sparsam wie möglich einzusetzen. In entscheidendem Ausmaß wird man aber z. B. den Stromverbrauch je Beschäftigtenstunde nur mittel- oder langfristige verändern können. Auch unter optimistischen Annahmen über mögliche Einsparungen und den Beitrag alternativer Energieträger, deren Entwicklung mit allem Nachdruck zu fordern ist, müssen wir davon ausgehen, daß die Energieversorgung, die das Wachstum - und das heißt auch die Zahl der geleisteten Stunden - nicht behindert und damit die Beschäftigungsprobleme weiter verschärft, auch die Kernenergie wird nutzen müssen.

Bei der Entwicklung und Durchsetzung von Konzepten, die die Energieversorgung in der Bundesrepublik langfristig sichern sollen, sind entscheidende politische

Fehler und Versäumnisse gemacht worden. Sie bestehen einmal sicherlich in der nicht zu rechtfertigenden Konzentration auf einen einzigen Energieträger, nämlich die Kernenergie. Sie bestehen im Bereich der Kernenergie selbst einmal - in geringerem Ausmaß - im Bereich der betriebstechnischen Sicherheit. In weit höherem Maße sind diese Versäumnisse jedoch festzustellen im Bereich des Umweltschutzes und der Umweltsicherung und hier speziell bei der Inangriffnahme und Lösung des Problems der Beseitigung und Entsorgung der radioaktiven Rückstände. Schließlich macht sich heute auch besonders negativ bemerkbar, daß die Fragen der demokratischen Information und Beteiligung lange Zeit als vernachlässigbar angesehen wurden.

Für die IG Metall ist es Aufgabe und Verpflichtung, die Auswirkungen solcher politischen Fehler auf die Arbeitsplätze, speziell derjenigen, die mit dem Bau von Kernkraftwerken beschäftigt sind und die überwiegend zur Metallverarbeitung zu rechnen sind, so gering wie möglich zu halten. Nicht zuletzt deshalb tritt die IG Metall für den Weiterbau der in Bau befindlichen Kraftwerke ein. Genauso falsch wäre es jedoch, Entscheidungen, die möglicherweise schwerwiegende Folgen für die Belastung und Gefährdung auf der einen Seite und für die Arbeitsplätze und den materiellen Lebensstandard auf der anderen Seite haben können, allein unter dem Gesichtspunkt der kurzfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen in einem engbegrenzten Bereich zu treffen, zumal gerade hier an alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten prinzipiell kein Mangel besteht. Die mit dem Ausbau der Kernenergie in der Bundesrepublik und anderswo zusammenhängenden schwerwiegenden Probleme erfordern verantwortliches Handeln. Es kann aus der Sicht der Gewerkschaften nicht verwundern, daß die beteiligten Unternehmen der Energieversorgung und des Kraftwerkbaus eine solche Verantwortung nicht an den Tag legen. Um so deutlicher muß die Bundesregierung auf die Rolle hingewiesen werden, die ihr in diesem Zusammenhang zukommt. Hierzu dient der politische Druck, den die IG Metall und die übrigen DGB-Gewerkschaften dadurch erzeugen wollten und auch erzeugt haben, daß sie den weiteren Ausbau an die Erfüllung bestimmter Bedingungen geknüpft sehen wollen.

Es ist bisher nur sehr begrenzt gelungen, den erzeugten politischen Druck in politische Energie umzuwandeln. Gerade aus der Sicht der Arbeitnehmer und besonders derjenigen Metallarbeiter, die mit dem Bau von Kraftwerken beschäftigt sind, läßt sich kein Verständnis dafür aufbringen, wenn die Klärung so wichtiger Fragen, wie sie die Entsorgung darstellt, zum Gegenstand politischer Spiegelfechtereien und Planspiele gemacht wird, wie das gegenwärtig in Niedersachsen der Fall ist.